

Liebe Leserinnen und Leser,

die größte Reform der EU-Agrarpolitik seit 30 Jahren ist am Ziel angekommen. Am Dienstag hat das EU-Parlament die Gesetzestexte abschließend angenommen. Die Verhandlungen darüber waren turbulent, intensiv und konfliktreich. Jetzt ist es geschafft! Als CDU/CSU konnten wir viele wichtige Ziele durchsetzen. Zwei Punkte, die mir besonderes am Herzen liegen: die Stärkung bäuerlicher Familienbetriebe und die Förderung unserer Junglandwirte.



Die Reform ist ambitioniert, aber ein guter Kompromiss. Auf unsere Bäuerinnen und Bauern kommen große und vielfältige Herausforderungen zu. Was sie jetzt brauchen ist Planbarkeit und eine verlässliche Agrarpolitik! Umso verantwortungsloser ist es, wenn ausgerechnet diejenigen, die jetzt in Berlin Regierungsverantwortung übernehmen wollen, am Dienstag leichtfertig mit Nein gestimmt haben.

Was haben wir uns gefreut. Ein gemütlicher Bummel über den Weihnachtsmarkt, die Weihnachtsfeier mit Kollegen oder Vereinskameradinnen und -kameraden. Abgesagt! Corona hat uns mehr denn je im Griff. Daher der dringende Appell: Lassen Sie sich impfen! Für Ihre Gesundheit und die Ihrer Mitmenschen!

Ich wünsche Ihnen trotz der Einschränkungen eine besinnliche Adventszeit.

Viel Vergnügen nun bei der Lektüre des Newsletters.

Mit freundlichen Grüßen



Mein Europa

Die Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik

Nach langjährigen Verhandlungen hat das Europaparlament in dieser Woche eine Reform der gemeinsamen EU-Agrarpolitik verabschiedet. Es ist die größte Reform des weiterhin größten Ausgabepostens der EU. Die Landwirtschaftspolitik soll damit gerechter und nachhaltiger werden. Für CDU und CSU ist es ein großer Erfolg, dass erstmalig EU-weit eine Umverteilung von Groß nach Klein Teil der Reform ist. Damit werden gezielt Bäuerinnen und Bauern mit kleinen und mittleren Betrieben, oft also Familienbetriebe, unterstützt. Zudem wird die Landwirtschaft nachhaltiger. Das Europaparlament hat einen Anteil von 25% der Direktzahlungen für Umweltmaßnahmen durchgesetzt, obwohl die Mitgliedstaaten dies ursprünglich komplett verhindern wollten.

CDU und CSU stehen fest an der Seite unserer Landwirte, die unsere tägliche Ernährung sichern und unsere Kulturlandschaft pflegen und erhalten. Umso enttäuschender ist es, dass SPD und Grüne im Europaparlament bis zuletzt gegen eine Reform gewettert haben, die eine gute Balance aus Nachhaltigkeit, Ernährungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit bietet. Denn auf SPD und Grüne kommt nun eine wichtige Aufgabe zu, da die Reform den EU-Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle zuteilt. Man kann nur hoffen, dass die Ampel-Parteien die Bäuerinnen und Bauern in Deutschland nicht mit noch mehr Bürokratie überlasten. An den gesetzlich richtigen Weichen auf EU-Ebene wird es jedenfalls nicht liegen.

Meine Pressemeldung zum Thema finden Sie [hier](#).

Meine Rede im Europaparlament können Sie [hier](#) anschauen.

Statements zur GAP von meinen Kollegen Norbert Lins und Peter Jahr

Zur Annahme der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union durch das Europaparlament erklären Norbert Lins (CDU), Vorsitzender des Agrarausschusses und Peter Jahr (CDU), Berichterstatter des Europaparlaments für die GAP-Strategiepläne:

Norbert Lins (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung:

"Es ist ein Verdienst des Europäischen Parlaments, dass die Gemeinsame Agrarpolitik mit dieser Reform gerechter und nachhaltiger wird. Mit der erstmalig EU-weit verpflichtenden Umverteilung von Groß nach Klein unterstützen wir gezielt Bäuerinnen und Bauern mit kleinen und mittleren Betrieben. Des Weiteren haben wir als Parlament 25% Ökoregelungen (sogenannte "eco-schemes") bei den Direktzahlungen für 2023-2027 durchgesetzt, obwohl die Mitgliedstaaten dies ursprünglich komplett verhindern wollten.

Wir haben insgesamt eine gute Balance aus Nachhaltigkeit, Ernährungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit gefunden. Dies stärkt auch die gesellschaftliche Akzeptanz der GAP. Die Reform ist ehrgeizig, steht im Einklang mit dem "Green Deal" und bietet den Landwirten Planungssicherheit. Mit dem Ergebnis können wir sehr zufrieden sein.

Ich erwarte nun, dass die Mitgliedstaaten ihre Hausaufgaben machen und Strategiepläne aufstellen, welche für die Landwirte machbar und umsetzbar sind. Auf keinen Fall darf es hier zu überbordender Bürokratie kommen. Attraktivität und Anreiz für die Landwirte sind hier die Stichworte. Für Deutschland erhoffe ich mir einen Maßnahmenkatalog, der

alle Landwirte anspricht. Bei den Umweltmaßnahmen muss auch darauf geachtet werden, dass sie wirklich einen Nutzen für die Umwelt haben."

Peter Jahr (CDU), Berichterstatter des Europaparlaments für die GAP-Strategiepläne:

"Mit der heutigen Abstimmung bringen wir die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach langjährigen Verhandlungen endlich über die Ziellinie. Wir haben dafür gesorgt, dass die Gemeinsame Agrarpolitik nachhaltiger, transparenter und berechenbarer ist. Mit dem neuen Liefermodell bringen wir aber auch den Mitgliedstaaten großes Vertrauen entgegen. Ich hoffe, dass sie diese Flexibilität richtig nutzen, um die Agrarpolitik für die Landwirte unbürokratisch zu gestalten. Die gesetzlich richtigen Weichen sind jedenfalls gestellt. Wir garantieren Planungssicherheit nicht nur für die Mitgliedstaaten, sondern vor allem für unsere europäischen Landwirte.

Ich erwarte, dass die Europäische Kommission bei der Genehmigung der Strategiepläne sehr genau darauf achtet, dass die Mitgliedstaaten den Anforderungen der Reform folgen.

Die Bestätigung der Verhandlungsergebnisse durch das Europäische Parlament zeigt, dass wir bäuerliche Familienbetriebe schützen und fördern wollen. Unser Interesse gilt denen, die unsere tägliche Ernährung sichern und unsere Kulturlandschaft pflegen und erhalten."

Vorschlag für eine Verordnung über entwaldungsfreie Produkte

Zum Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung über entwaldungsfreie Produkte erklärt **Hildegard Bentele (EVP)**, entwicklungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied im Umweltausschuss:

„Für uns ist wichtig, dass wir mit der Rohstoffbranche zusammenarbeiten und sicherstellen, dass auf dem europäischen Markt tätige Unternehmen entwaldungsfreie Lieferketten für Rohstoffe mit nachgewiesen hohem Risiko für Entwaldung schaffen. Der durch Konsum in der EU verursachte Anteil an der weltweiten Entwaldung liegt bei ungefähr zehn Prozent. Diesen wollen und müssen wir senken, auch im Hinblick auf die Pariser Klimaziele und im Rahmen der auf der Klimakonferenz in Glasgow gestarteten internationalen Entwaldungsinitiative.

Wir werden auch dafür sorgen, dass die gewählten Instrumente für den Schutz der Wälder wirksam sind, ohne gleichzeitig überbordenden Verwaltungsaufwand für die Unternehmen zu verursachen. Unternehmen brauchen in erster Linie Rechtssicherheit. Insofern ist es ein gutes Zeichen, dass der Vorschlag wichtige Elemente enthält, für die wir uns nachdrücklich stark gemacht haben: eine Definition und damit klare Abgrenzung des Anwendungsbereichs besonders in Bezug auf „Wald“, die Eingrenzung auf kritischste Rohstoffe sowie ein risikobasierter Ansatz für neue Sorgfaltspflichten.“

Fairness auf den digitalen Märkten

Der Binnenmarktausschuss (IMCO) des Europäischen Parlaments stimmte über die Verordnung über digitale Märkte (Digital Markets Act) ab. Hierzu erklärt **Andreas Schwab (CDU)**, binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter für den DMA:

„Mit der heutigen Abstimmung senden wir ein starkes Signal für mehr Fairness auf den digitalen Märkten. Es ist der erste Schritt, um einen neuen rechtlichen Rahmen für Gatekeeper auf der Grundlage der Regeln der sozialen Marktwirtschaft zu schaffen. Die Europäische Union steht für fairen Wettbewerb in der Sache, aber wir wollen nicht, dass größere Unternehmen immer größer werden ohne dabei besser zu werden.

Die derzeitigen Wettbewerbsregeln reichen nicht aus. So können die Digitalriesen ihre Marktmacht voll ausnutzen und den Märkten ihre eigenen Regeln aufzwingen. Das Gesetz über digitale Märkte wird diese unlauteren Praktiken verbieten und ein starkes Signal für alle Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen im europäischen Binnenmarkt aussenden.

Es ist der Gesetzgeber, der die Regeln macht, und nicht private Unternehmen.“

Auftritt der belarussischen Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja im Plenum

Die belarussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja hat die EU dazu aufgerufen, entschlossener und schneller gegen Machthaber Alexander Lukaschenko vorzugehen. In einer bewegenden Rede im Straßburger Plenum erinnerte sie an die vielen politischen Gefangenen in Minsk und forderte die europäische Gemeinschaft auf, in ihren Bemühungen gegen das Regime nicht lockerzulassen. „Wir brauchen ein aktiveres Vorgehen Europas, wenn es um Autokratie geht“, so Tichanowskaja, die zugleich die von der EU verhängten Sanktionen begrüßte.

Für CDU und CSU war der Auftritt von Swetlana Tichanowskaja im Europaparlament das richtige Signal zum richtigen Zeitpunkt. Somit wurde erneut deutlich, dass die Abgeordneten an der Seite der belarussischen Opposition stehen und die Machenschaften des Lukaschenko-Regimes zutiefst verurteilen. Für uns ist klar: Der mutige Kampf der Opposition darf durch das inakzeptable Handeln Lukaschenkos an der Grenze zu Polen nicht in den Hintergrund treten. Die Menschen in Belarus haben ein Recht auf freie und faire Wahlen.

Auch die derzeitige Krise an der Ostgrenze der EU kam in Tichanowskajas Rede sowie in der Plenardebatte vom Vortag zur Sprache. CDU und CSU wiesen in der Debatte darauf hin, dass die Flüchtlinge, die Lukaschenko an die EU-Außengrenze getrieben habe, dringend humanitär versorgt werden müssten. Dass die Menschen bei bitterer Kälte im Niemandsland festhängen, sei unerträglich und zeige einmal mehr die Brutalität des Regimes in Minsk.

Kritische Rohstoffe

Seltene Erden, Lithium, Magnesium: Inmitten der globalen Rohstoffkrise hat das Europaparlament die EU aufgefordert, ihre Lieferketten für kritische Rohstoffe zu diversifizieren und ihre Abhängigkeit von Drittstaaten zu verringern. Ohne ein Mehr an diesen kritischen Rohstoffen seien der notwendige ökologische Wandel und die Digitalisierung nicht zu schaffen, betonten CDU und CSU in der Debatte.

Neben der Diversifizierung der Lieferketten sprachen sich die Abgeordneten auch für eine bessere Rohstoffpolitik in der EU mit mehr Koordination, mehr Mitteln und mehr konkreten Maßnahmen aus. Sie forderten die Einrichtung einer EU-Taskforce, welche die Koordinierung rohstoffpolitischer Aktivitäten übernehmen und für eine kohärente und zügige Umsetzung der europäischen Rohstoffstrategie sorgen soll. Finanzierungsmöglichkeiten und richtige Anreize für private Investitionen müssten bereitstehen, hieß es. Zudem

müssten die Mitgliedstaaten Genehmigungsverfahren schneller und vorhersehbarer machen.

Die EU soll künftig auch auf besseres Abfallmanagement, Ressourcen-Effizienz und Recycling setzen. Dazu gehört, dass Exporte von Abfällen kritischer Rohstoffe in Drittstaaten schärfer kontrolliert und weiterverarbeitet werden sollen. Zudem soll sich die EU beim Aufbau stabiler Sekundärrohstoffmärkte und weiterer Recyclingindustrien engagieren.

Digitalisierung der EU-Haushaltskontrolle

Die EU wird in den kommenden Jahren so viel Geld wie noch nie an die EU-Mitgliedstaaten verteilen, denn mit dem EU-Corona-Wiederaufbaufonds hat sich die Summe der EU-Fördermittel verdoppelt. Damit wächst auch das Risiko für Fehler und Betrug.

Neben der angemessenen Ausstattung der EU-Haushaltskontrolleure muss deshalb auch die Kontrolle der EU-Fördermittel für die Zukunft dringend verbessert werden. Auf Initiative von CDU und CSU fordert das Europäische Parlament deshalb die Digitalisierung der Berichterstattung der EU-Mittelverwendung und nimmt dafür kommende Woche einen konkreten Gesetzgebungsvorschlag an. Gefordert wird die Einführung einer digitalen Datenbank, die festhält, wer wo welche EU-Mittel erhält. Bislang haben die EU-Mitgliedstaaten kein Interesse, die Berichterstattung über EU-Förderung zu modernisieren. Das erhöht die Gefahr für Betrug und Fehler. Eine zentrale, digitale Datenbank könnte die notwendige Transparenz herstellen und für die Zukunft Fälle wie der des bald ehemaligen tschechischen Premierministers Babiš ausschließen. Babiš hatte in Brüssel als Premierminister darüber mitverhandelt, was seine Unternehmen aus den EU-Fördertöpfen bekamen.

Wir fordern die Kommission deshalb auf, den Gesetzesvorschlag des Parlaments schnellstmöglich aufzugreifen und das notwendige Gesetz vorzulegen.

Hintergrund: Mit dem legislativen Initiativbericht zur Digitalisierung der Europäischen Berichterstattung, der Neufassung der Haushaltsordnung und der Vorstellung des Jahresberichts des Europäischen Rechnungshofs stehen drei wichtige Haushaltskontrollthemen auf der Tagesordnung. Während die Neufassung der Haushaltsordnung vor allem technischer Natur ist, legt das Europaparlament mit dem legislativen Initiativbericht einen konkreten Gesetzgebungsvorschlag vor, wie die Berichterstattung für die Haushaltskontrolle verbessert werden kann.

EuGH Urteil zu Google Shopping

Das EuGH Urteil zu Google Shopping zeigt: Europa steht für fairen Wettbewerb - wir setzen damit ein starkes Signal für heimische Verbraucher und Unternehmen! Mit dem Digital Market Act (DMA) - Gesetz und dem Digital Services Act (DSA) wird Europa solchem Verhalten Einhalt gebieten, indem es verhindert, dass Betreiber großer Plattformen den Wettbewerb einschränken oder unfaire Konditionen durchsetzen.

Hintergrund: Das Gericht der Europäischen Union (EuGH) hat die Entscheidung der Kommission vom 27. Juni 2017 bestätigt, wonach Google ein Bußgeld in Höhe von 2,42 Milliarden Euro zu zahlen hat. Google hat seine marktbeherrschende Stellung genutzt, um

dem eigenen Preisvergleichsdienst Google Shopping einen unrechtmäßigen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Der Konzern hat den Dienst in den Ergebnissen der eigenen Suchmaschine ganz oben platziert und vergleichbare Dienste der Konkurrenz herabgestuft.

Arbeitsprogramm der Kommission 2022

Im Oktober wurde das neue Arbeitsprogramm der Kommission für 2022 angenommen. In diesem Programm werden jedes Jahr die wichtigsten Initiativen der Kommission für das kommende Jahr dargelegt. Es informiert die Bürgerinnen und Bürger darüber, wie wir unsere politischen Prioritäten in die Tat umsetzen wollen.

Im Rahmen des European Green Deals gehören zu den neuen Initiativen das „Zero Pollution Package“, das „Plastics Package“ und neue Maßnahmen für mehr Biodiversität und die „vom Hof auf den Tisch“ Strategie. Außerdem beinhaltet das Arbeitsprogramm Initiativen für das digitale Zeitalter, die Wirtschaft, außenpolitische Themen wie „International Ocean Governance“ und die Förderung der Europäischen Lebensweise und Demokratie.

Mehr zum Arbeitsprogramm der Kommission 2022 und das Programm selbst finden Sie [hier](#).

EU-Bodenschutzstrategie: Doppelt gemoppelt hält nicht besser!

Mitte November veröffentlichte die Kommission die EU-Bodenstrategie. Gesunde Böden sind unser aller Grundlage für eine sichere, regionale Lebensmittelversorgung und ein wichtiger Bestandteil des Klimaschutzes. Daher ist es richtig und wichtig, unsere Böden zu schützen. Dafür braucht es aber keine zusätzlichen Vorgaben aus Europa, wie sie EU-Klimaschutzkommissar Frans Timmermans nun vorgestellt hat.

Meine ausführliche Haltung dazu finden Sie [hier](#).

Roberta Metsola ist Kandidatin der EVP-Fraktion für das Amt der Parlamentspräsidentin

Zwei Monate vor Ablauf der Amtszeit des amtierenden sozialistischen Parlamentspräsidenten David Sassoli hat die Fraktion der Europäischen Volkspartei Ihre Kandidatin für das Amt der Parlamentspräsidentin für die kommenden zweieinhalb Jahre nominiert. In der internen Abstimmung setzte sich die Malteserin Roberta Metsola im 1. Wahlgang durch. Die Europaabgeordneten von CDU und CSU sind sehr zufrieden über diese Nominierung.

Roberta Metsola ist eine herausragende Abgeordnete, mit der wir seit vielen Jahren eng zusammenarbeiten. Gerade bei den Themen Migration, justizieller Zusammenarbeit und Außengrenzschutz hat sie sich verdient gemacht, und stets mit CDU und CSU zusammengearbeitet. Dazu kämpft sie ebenso entschlossen gegen Korruption in ihrer Heimat Malta.



Zudem ist es höchste Zeit, dass nach 20 Jahren endlich wieder eine Frau an der Spitze des Europaparlaments steht. Während die anderen Fraktionen oft ihre vermeintlichen Rollen bei der Frauenförderung rühmen, liefert wieder einmal die Europäische Volkspartei. Mit Ursula von der Leyen ist die erste EU-Kommissionspräsidentin eine EVP-Politikerin und auch die bisher letzte Präsidentin des Europaparlaments, Nicole Fontaine, gehörte der EVP an. Die Präsidentenwahl ist für den Januar 2022 geplant. CDU und CSU werden sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass Roberta Metsola die nächste Präsidentin des Europaparlaments wird.

Mein Mittelfranken

Bezirksvorstandssitzung Mittelfranken



Anfang November hat unser Bezirksvorsitzender Staatsminister **Joachim Herrmann** zur Bezirksvorstandssitzung Mittelfranken geladen.

Alle vier Bundestagsabgeordneten (v.l.), **Tobias Winkler**, **Ralph Edelhäuser**, **Artur Auernhammer** und **Stefan Müller**, unseres Verbands sind der Einladung nach Feucht gefolgt. Ihnen und den Kollegen, Michael Frieser und Sebastian Brehm, aus dem weiteren mittelfränkischen Bezirksverband Nürnberg, Fürth, Schwabach wünsche ich eine erfolgreiche Legislaturperiode - trotz erschwelter Bedingungen.

Frauenpower über Parteigrenzen hinweg: Frauen stärken Frauen!

Unter dem Motto „Frauen stärken Frauen“ habe ich mich in **Eckental** mit **Bürgermeisterin Ille Dölle** getroffen. Es ist heute mehr denn je an der Zeit, dass wir Frauen für uns und unsere Rechte, unsere Belange und unsere Themen gegenseitig eintreten und uns unterstützen - über Partei-, Konfessions- und Altersgrenzen hinweg.

Meine Pressemitteilung zum Besuch in Eckental finden Sie [hier](#).

Besuch bei der Druckerei Brunner in Altdorf

Ich setze mich in Brüssel immer für praxisnahe Lösungsvorschläge ein!

Mehr Informationen zu meinem Besuch in Altdorf bei Firmeninhaber Jonas Brunner finden Sie [hier](#).

Sichtbar sicherer im Dunkeln

Sicher und gut sichtbar zum Kindergarten oder in die Kita! Der Anlass meines Besuches im Kindergarten St. Nikolaus in Rothaurach ist mir ein echtes Herzensanliegen und ich freue mich, dass ich mit unseren kindgerechten Warnwesten einen aktiven Beitrag leisten konnte. Diese stellen wir als EVP-Gruppe zur Verfügung.

Mehr zu meinem Besuch im Kindergarten St. Nikolaus finden Sie [hier](#).

Herzensangelegenheiten

Brief an Kommissionspräsidentin von der Leyen über die Methanstrategie

In einem gemeinsamen Brief habe ich mich als Vorsitzende der AGELF an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gewandt. Das Thema ist der Methanausstoß und seine Bedeutung, beziehungsweise seine Reduktion. In der Diskussion wird viel zu oft und gezielt alles in einen Topf geworfen. Wenn Politik glaubwürdig sein und bleiben will, brauchen wir dringend eine Unterscheidung biogener und fossiler Methanemissionen! Biogenes Methan entsteht nämlich bei Fermentationsprozessen pflanzlicher Biomasse und fügt der Atmosphäre nur so viel CO₂ zu, wie vorher durch das Wachstum der Pflanzen gebunden wurde. Sie sind also Teil des natürlichen Kohlenstoffkreislaufes und somit treibhausgasneutral. Außerdem haben sich die Tierbestände in Deutschland in den letzten hundert Jahren deutlich verringert. Das heißt, die Konzentration und die Klimawirkung von biogenem Methan ist aufgrund der sinkenden Rinderbestände eher stabil als steigend.

Hintergrund: Die Strategie der EU zur Verringerung der Methanemissionen hat im Einklang mit den Ambitionen des Europäischen Grünen Deals zur Erreichung ihrer Dekarbonisierungsziele das Mindestziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen in die Atmosphäre bis 2030 um 55 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren. Sie enthält Vorschläge für legislative und nichtlegislative Maßnahmen in den Sektoren Energie, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft, auf die weltweit rund 95 % der auf menschliche Tätigkeiten zurückgehenden Methanemissionen entfallen.

Diskussion um Steuervergünstigung für Agrardiesel

Anlässlich der Forderung des Umweltbundesamts (UBA), Steuervergünstigungen auf landwirtschaftlichen Diesel abzuschaffen, fordere ich keine weiteren Knüppel zwischen die Beine unserer Bäuerinnen und Bauern zu werfen!

Finden Sie meine ausführliche Stellungnahme [hier](#).

NEIN! Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Dieses Jahr hat die WHO die bisher größte Studie über Gewalt gegen Frauen veröffentlicht. Das Ergebnis: 1 von 3 Frauen wird Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt. Das dürfen wir nicht stillschweigend hinnehmen.

Deshalb erheben wir jedes Jahr am 25. November unsere Stimme. Dann findet der jährliche Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen statt. Dieser Tag steht am Beginn der 16 Tage gegen Gewalt. In diesem Zeitraum wird rund um den Globus Gewalt gegen Frauen und Mädchen thematisiert und in die öffentliche Wahrnehmung gerückt. Denn diese Form der fundamentalen Grundrechteverletzung hat nicht nur Folgen für die Betroffenen selbst, sondern für unsere Gesellschaft als Ganzes. Der Internationale Tag der Menschenrechte am 10. Dezember schließt den Aktionszeitraum ab.



2011 wurde die sogenannte Istanbul-Konvention ausgearbeitet. Sie soll Gewalt gegen Frauen verhüten und bekämpfen. Sie schreibt den Unterzeichnerstaaten vor, offensiv gegen zahlreiche Ausprägungen von Gewalt gegen Frauen vorzugehen. Alle EU-Mitgliedsstaaten haben das Abkommen unterzeichnet. Davon haben 21 das Abkommen ratifiziert und damit völkerrechtlich verbindlich gemacht. Wer Teil unserer europäischen Gemeinschaft werden will, der muss sich der Strategie für die Gleichstellung der

Geschlechter 2020-2025 verpflichten. Der Weg zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen ist weit.

Vertreter der Kommission, des Rates und des Parlaments diskutierten am Donnerstag über die Umsetzung der Konvention und den Ratifikationsstatus. Ein wichtiger Austausch: denn die Bekämpfung von geschlechterspezifischer Gewalt muss auch weiterhin eines unserer dringendsten Anliegen bleiben!

Lesenswert

Rücktritt von Bundesbankpräsident Jens Weidmann zum Jahresende



Zum Jahresende ist Schluss: Bundesbankpräsident Jens Weidmann hat angekündigt zurückzutreten. Ich habe ihn all die Jahre sehr für seine kluge, bedachte und ruhige Art geschätzt, mit der er das Amt ausgefüllt hat. Ein Großer geht von Bord. Und ich wünsche Jens Weidmann alles Gute für die Zukunft. Mit seinem Rücktritt bestätigt er den Zeitenwechsel bei der Geld- und Finanzpolitik in Deutschland und Europa.

Mehr zu Jens Weidmann als Person und zum Umschwung, der auf uns zu kommt, lesen Sie im [Artikel der WELT](#).

Hanns Seidel Stiftung: Brüsseler Notizen

Die Hanns Seidel Stiftung in Brüssel veröffentlicht mehrmals im Jahr ihren Newsletter „Brüsseler Notizen“ mit Beiträgen zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik in der EU.

Europäischer Rat: Vorbereitung auf internationale Gipfeltreffen

Am 21. und 22. Oktober 2021 diskutierten die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten in Brüssel über mehrere anstehende internationale Gipfeltreffen. Diese Tage, am 25. und 26. November 2021, findet im virtuellen Format ein Asien-Europa-Treffen (ASEM) stattfinden, an dem neben den EU-Mitgliedstaaten die Schweiz, Norwegen, Großbritannien und Russland sowie 20 Staaten in Ost-/Südostasien, darunter Korea und China, teilnehmen. Hinzu kommen Vertreter der EU und des ASEAN-

Sekretariats. Als Vorbereitung darauf forderte der Europäische Rat die schnelle Umsetzung der im September vorgelegten Indo-Pazifik-Strategie, mit der die EU ihren Einfluss in der Region ausbauen möchte.

Im Vorfeld des Gipfels mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft am 15. Dezember 2021 betonten die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten die strategische Relevanz der Region für die Europäische Union. Sie verlangten erneut, dass die belarussischen Behörden alle politischen Gefangenen freilassen und Migranten nicht weiter zu politischen Zielen einsetzen. Weitere Sanktionen sollen folgen.

EU-Außenpolitik: Strategische Ausrichtung gegenüber der Golfregion und der östlichen Partnerschaft

Nachdem EU-Außenbeauftragter Josep Borrell die Golfstaaten vom 30. September bis 4. Oktober 2021 besucht hatte, tauschten sich am 18. Oktober 2021 die EU-Außenminister über die EU-Politik für die Golfregion aus. Hierbei sollen ökologische, digitale und handelspolitische Themen einschließlich sozial-ökonomischer Reformen und Menschenrechte im Mittelpunkt stehen. Eine EU-Stellungnahme über eine Partnerschaft mit der Golfregion wird für das erste Quartal 2022 erwartet. Ferner lobte der EU-Außenrat die Partner in der Region für ihre Schlüsselrolle in außenpolitischen Angelegenheiten wie bspw. den Entwicklungen in Afghanistan.

Der Rat beriet außerdem über die Östliche Partnerschaft, ein zentraler außenpolitischer Gegenstand im November und Dezember 2021. Die Außenminister unterstrichen den Anspruch, dass die EU nachhaltige sozioökonomische Entwicklung ebenso fördert wie ihre Grundsätze, insbesondere Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. In dieser Hinsicht einigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs am 21. und 22. Oktober 2021 im Rahmen der Tagung des Europäischen Rates auf weitere Sanktionen gegen das belarussische Regime im Zuge derer laufenden hybriden Angriffe auf die EU, indem es Migration instrumentalisiert.

Informelles Treffen der EU-Entwicklungsminister

Die EU-Entwicklungsminister berieten im Rahmen ihres informellen Treffens per Videokonferenz über die sich rasch verschlechternde Lage in Afghanistan. Sie diskutierten dabei konkrete Maßnahmen zur weiteren Unterstützung der dortigen Bevölkerung. Diese Unterstützung soll insbesondere auch im Kontext des „Team Europe“-Ansatzes der EU erfolgen. Laut dem EU-Außenbeauftragten, Josep Borrell, sei die humanitäre und sozioökonomische Lage in Afghanistan extrem bedrohlich und ein reines Abwarten der weiteren Entwicklungen daher keine Option. Die Entwicklungsminister kamen überein, die humanitäre Hilfe der afghanischen Bevölkerung direkt zukommen zu lassen. Zudem betonte die Ministerrunde besonders die Notwendigkeit eines abgestimmten Ansatzes. Eine Anerkennung der Taliban soll, im Einklang mit den vom Rat in Bezug auf Afghanistan beschlossenen fünf Grundsätzen, nicht erfolgen.

EU-Westbalkan-Gipfel bekräftigt die europäische Perspektive des Westbalkans

Am 6. Oktober 2021 trafen sich bei einem EU-Westbalkan-Gipfel im slowenischen Brdo die Führungsspitzen der EU und ihrer Mitgliedstaaten sowie jene der sechs Westbalkanstaaten. In einer Erklärung, welcher sich die sechs Länder anschlossen, bekräftigte Brüssel seine uneingeschränkte Unterstützung für die EU-Perspektive des Westbalkans sowie für den Erweiterungsprozess auf Basis von Konditionalität und Reformen in den Partnerländern. Für die wirtschaftliche Unterstützung des Westbalkans

soll der EU-Wirtschafts- und Investitionsplan Mittel in Höhe von 30 Mrd. EUR bereitstellen. Thematische Schwerpunkte der künftigen Kooperation sind Konnektivität, Integration, sowie der „grüne“ und digitale Wandel. Neben finanziellen und politischen Zusagen forderte die EU aber auch, dass sich der beispiellose Umfang der EU-Unterstützung in der öffentlichen Kommunikation der Partner widerspiegeln müsse. Zudem seien das Bekenntnis zu europäischen Werten und Grundsätzen sowie die Umsetzung von Reformen, insbesondere im Bereich Rechtsstaatlichkeit, zentral. Diese Botschaft ist auch im sogenannten „Erweiterungspaket“ vom 19. Oktober 2021 enthalten, in welchem die EU-Kommission alljährlich Reformfortschritte von Beitrittskandidaten bewertet. Darin forderte sie etwa von Serbien eine Beschleunigung und Vertiefung der Reformbemühungen sowie eine bessere Angleichung an die Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Mit der Türkei könne die Zusammenarbeit in Bereichen von gemeinsamem Interesse intensiviert werden, sofern Ankara weiterhin deeskaliert und in einen konstruktiven Dialog eintritt.

Kein großer Sprung beim EU-Ukraine-Gipfel

Am 12. Oktober 2021 nahmen Ratspräsident Charles Michel und Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen in Kiew am EU-Ukraine-Gipfel mit Präsident Wolodymyr Selenskiy teil. Beide Seiten sprachen sich für eine weitere Vertiefung der Beziehungen aus. Brüssel und Kiew vereinbarten drei Abkommen zur Zivilluftfahrt sowie zur Zusammenarbeit im Forschungs- und Kulturbereich. Die EU sagte außerdem zu, die Ukraine notfalls mit Rücklieferungen über die Slowakei mit Gas zu versorgen. Des Weiteren soll die Kooperation in den Bereichen Klimaschutz und Cybersicherheit verstärkt werden. Die von der Ukraine gewünschte Beitrittsperspektive eröffnete die EU jedoch erwartungsgemäß nicht. Sie mahnte weitere Bemühungen bei der Justizreform, Korruptionsbekämpfung und der Reform des Sicherheitssektors an.

Außenminister von EU und Afrikanischer Union bereiten Gipfel im Februar 2022 vor

Am 25./26. Oktober 2021 trafen sich die Außenminister der Mitgliedstaaten der EU und der Afrikanischen Union (AU) in Kigali. Ziel war die Vorbereitung des sechsten EU-AU-Gipfels, der voraussichtlich am 17./18. Februar 2022 stattfindet. Die 68 Minister erörterten die Themen Resilienz, Sicherheitsfragen und Regierungsführung in Afrika, die Investitionsmobilisierung für Afrikas nachhaltige Transformation sowie Migration. Zudem sprachen sie über die gemeinsame Pandemiebekämpfung und den anschließenden Wiederaufbau. In einer Erklärung betonten beide Seiten die Wichtigkeit der fortgesetzten Impfstoffbereitstellung im Wege der COVAX-Fazilität, zu der die EU maßgeblich beiträgt. Mehrere EU-Länder sind gegen eine Patentaufhebung auf Corona-Impfstoffe. Jutta Urpilainen, EU-Kommissarin für Internationale Partnerschaften, kündigte aber an, den Bau von Impfstoffproduktionsstätten in Afrika finanziell unterstützen zu wollen. Das Treffen war überschattet vom Staatsstreich im Sudan am 25. Oktober 2021. EU-Außenbeauftragter Josep Borrell verurteilte die Absetzung der zivilen Übergangsregierung durch das Militär und warnte, die Unterminierung des Übergangsprozesses könne Konsequenzen für die finanzielle Unterstützung der EU haben.

Tunesien: Borrell fordert Rückkehr zur Demokratie

Am 15. Oktober 2021 telefonierte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell mit dem tunesischen Präsidenten Kais Saïed. Borrell forderte einen konkreten Zeitplan für Tunesiens Rückkehr zu einer parlamentarischen Demokratie mit Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Grundfreiheiten. Bei der Ausgestaltung sollten

durch einen transparenten Dialog mit dem tunesischen Volk dessen Wünsche einfließen. Die Unterstützung Tunesiens durch die EU werde von den konkreten Maßnahmen abhängen, die die tunesischen Behörden einleiten werden, nicht von Ankündigungen. Dies bekräftigte Borrell auch in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am 19. Oktober 2021. Zwei Tage später rief auch das Europäische Parlament in einer Resolution zur Wiederaufnahme der ordnungsgemäßen Funktion der Staatsorgane in Tunesien auf.

EU-Assoziationsrat mit der Republik Moldau

Unter dem Vorsitz des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell und Ministerpräsidentin der Republik Moldau, Natalia Gavrilita, hielt der Assoziationsrat EU-Republik Moldau am 28. Oktober seine sechste Tagung ab. Beide Seiten tauschten sich unter anderem über die gemeinsame Zusammenarbeit und Konvergenz in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie über die Vertiefung der Freihandelszone aus. Im Hinblick auf die aktuelle Gaskrise erklärte sich die EU-Kommission zur finanziellen Unterstützung der Republik Moldau mit Mitteln in Höhe von 60 Mio. Euro bereit. Dies hatte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach einem Treffen mit der moldawischen Premierministerin Natalia Gavrilita am Tag zuvor bekannt gegeben.

Grüne spottet über die Nationalfarben

Bei der konstituierenden Sitzung des Bundestags galt mit Blick auf Corona die 3G-Regelung für den Plenarsaal. Wer nicht geimpft, genesen oder getestet war, musste auf der Zuschauertribüne Platz nehmen, alle anderen bekamen ein schwarz-rot-goldenes Bändchen ums Handgelenk, um ihre Corona-Konformität zu signalisieren. Die frisch gewählte grüne Abgeordnete Paula Piechotta klagte auf Instagram über das Bändchen, verspottete es als „hässlichstes Festivalbändchen aller Zeiten“. Als Abgeordnete ist sie allerdings Repräsentantin des gesamten deutschen Volkes, dessen Flagge nunmal schwarz-rot-gold ist. Diese Flagge steht für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und nicht für Diktatur oder Patriotismus! Es bleibt abzuwarten, wie die Grünen als künftige Regierungspartei mit solchen Debatten umgehen.

Mehr zum Thema finden Sie [hier](#).

Afrika wird armregiert - Wir brauchen ein klares Ziel im Umgang mit Migration!

Tragischerweise ist Afrikas Flüchtlingsproblem (oder auch Naturkatastrophen und starkes Bevölkerungswachstum) eher die Sorge der internationalen Gemeinschaft als die der afrikanischen Regierungen. Es ist für die meisten afrikanischen Regierungen vorteilhaft, ihre Länder in einem ständigen Ausnahmezustand zu halten, weil sie dann die Krise zu einer Geldquelle machen, Entwicklungshilfe erhalten und unterdrückerische Maßnahmen im Namen des Überlebens der Nation rechtfertigen können.

Migration bleibt ein kontroverses, emotionales Thema. Oft muss man fürchten, in die nationale Ecke gestellt zu werden, wenn man den allzu sorglosen Umgang mit Begriffen wie Asyl, Flucht oder Illegalität bemängelt. Leider ist die Diskussion von moralischen Urteilen durchsetzt. Ein anderer Blick auf die Migration ist dringend nötig. Wer als multikulturell Gesinnter offene Grenzen und uneingeschränkte Migration als Allheilmittel gegen die Armut auf der Welt fordert, macht es sich jedenfalls zu einfach. Die Länder,

die ihre jungen Menschen durch Auswanderung verlieren, geben damit die Personen auf, welche die Zukunft des Landes aufbauen können. Europa kann nicht dauerhaft die Folgen des afrikanischen Bevölkerungsdrucks auffangen. Wir brauchen ein Ziel, um die Menschen mit ihren Fähigkeiten im eigenen Land zu halten, weil sie dort zur Entwicklung gebraucht werden. Länderpartnerschaften oder auch Starthilfen bei Rückkehr können dabei ein wichtiger Schritt sein.

Den interessanten Artikel von Volker Seitz, ehemaliger Botschafter, zum Thema finden Sie [hier](#).

Zu guter Letzt - Mein dringender Appell: Lassen Sie sich impfen!



IMPFFEN SCHÜTZT GEGEN COVID-19!

- Covid-19 ist eine lebensgefährliche Erkrankung und betrifft auch jüngere Menschen.
- Es gibt Nebenwirkungen, die ernst genommen werden müssen! Aber: Covid-19 ist sehr viel schlimmer als alle denkbaren Nebenwirkungen.
- Die Impfstoffe sind gut erprobt und unterliegen einem strengen Zulassungs- und Überwachungsverfahren. In der EU gab es keine Notfallzulassung!
- Die Pandemie ist nicht vorbei. Vor allem Ungeimpfte liegen zurzeit auf den Intensivstationen.
- Langzeitschäden bei Impfstoffen sind extrem unwahrscheinlich, Langzeitschäden bei Covid-19 sehr wahrscheinlich.
- Impfen hilft Pflegekräfte zu entlasten und langfristig unser Gesundheitssystem zu schützen.

Lassen Sie sich impfen – für Ihre Gesundheit! Für Ihre Mitmenschen!
Sprechen Sie mit Ihrer Ärztin oder Ihrem Arzt!

Marlene Mortler
Marlene Mortler
Ihre CSU-Europaabgeordnete für Mittelfranken
www.marlenemortler.eu

#gemeinsamgegen corona

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Briver Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

mittelfranken@marlenemortler.eu
www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Rebekka Olbrich, Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.